

HINTERGRUNDPAPIER

Juni 2016

SLĚZYNA

Lausitzer Strukturen im Wandel – Mythen, Orte und Akteure

1. Einleitung

Die Forderung nach einem Strukturwandel ist in der Braunkohle-Diskussion der Lausitz genauso wenig neu, wie die Versuche, den Begriff als Begründung zur weiteren Abbaggerung von Landschaften zu missbrauchen¹. Neu ist aber die breite Aufmerksamkeit, die das Thema in der Region wie auch bundesweit bekommt.

Seit 2015 wird vor dem Hintergrund des Klimaschutzes verstärkt die Möglichkeit eines von der Bundespolitik zu beschließenden Kohleausstiegs diskutiert, was durch die Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz weiteren Auftrieb bekommen hat.

Agora Energiewende schlägt dazu einen Kohle-Konsens und dessen Begleitung mit Bundesmitteln vor: „Im Bundeshaushalt sollte dazu ein „Strukturwandelfonds Braunkohleregionen“ eingestellt werden, der über die gesamte Transformationsphase mit jährlich 250 Millionen Euro ausgestattet wird.“² 16 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 sieht der Bundeshaushalt bereits jetzt für die „Förderung von Maßnahmen zur Strukturanpassung in Braunkohlebergbauregionen“ vor. Sie dienen unter anderem der „Förderung von Potential- und Bedarfsstudien“, die „Wege für einen Strukturwandel jenseits der derzeitigen Braunkohlenutzung aufzeigen“³.

Im Folgenden sollen einige verbreitete Mythen hinterfragt, die Probleme regional eingegrenzt und bisherige Akteure kritisch diskutiert werden.

¹ So behauptet beispielsweise der am 18.12.2006 erlassene Planfeststellungsbeschluss zur Zerstörung der Lacomaer Teiche durch den Tagebau Cottbus-Nord, das Vorhaben trage „in erheblichem Maße dazu bei, die Voraussetzungen für einen Strukturwandel in der Region zu schaffen“.

² Agora Energiewende (2016): Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen? S. 16

³ Haushaltsausschuss des 18. Deutschen Bundestages, Haushaltsdrucksache 2992

2. Mythen

Wer eine Lösung sucht, sollte zuerst das Problem analysieren. So logisch das klingt, so wenig passiert es in der aktuellen Debatte um den Strukturwandel in der Lausitz. Im Folgenden soll einigen derzeit verbreiteten Mythen nachgegangen werden.

2.1 Teilregionen vereinnahmen „die Lausitz“

Es wird regelmäßig der Eindruck erweckt, das Wohlergehen der gesamten Lausitz hänge an der Braunkohlewirtschaft und wäre bei deren Auslaufen mit einem Schlag dahin. Tatsächlich wird sich aber in wesentlichen Teilen der Region Lausitz der weitere Strukturwandel mit und ohne Braunkohleausstieg nicht unterscheiden. Entweder hat dort der Kohleausstieg vor etwa 25 Jahren stattgefunden, wie beispielsweise um Finsterwalde, oder sie waren nie von der Kohlewirtschaft geprägt, wie etwa die Oberlausitz um Bautzen oder Kamenz. Die Stadt Guben würde als Standort klar von einem Kohleausstieg profitieren, da die Bedrohung ihres Umlandes durch die Planung des Tagebaues Jänschwalde-Nord endlich zu Ende wäre. Und der Tourismusstandort Spreewald ist auf absehbare Zeit bedroht durch Spätfolgen der Tagebaue in Form von brauner Eisenbelastung der Spree.

Vom Kohleausstieg bedingte Schwierigkeiten erwarten letztlich nicht „die Lausitz“, sondern ganz bestimmte Lausitzer Kommunen, die stark von den Tagebau- und Kraftwerksstandorten geprägt sind, um die es weiter unten im Einzelnen gehen wird. Das betrifft in Brandenburg etwa das Amt Peitz mit dem Kraftwerk Jänschwalde oder die Stadt Spremberg mit dem Kraftwerk Schwarze Pumpe und in gewissem Maße auch die Stadt Cottbus als Verwaltungssitz der Braunkohlewirtschaft. Demgegenüber sind Fragen wie Fachkräftesicherung und Unternehmensnachfolge in kleinen und mittelständischen Unternehmen tatsächlich über viele Branchen und alle Teile der Lausitz hinweg akut. Außerhalb des Protokolls geben deshalb selbst einige Lausitzer Wirtschaftsvertreter zu, dass sie größere Probleme als den Braunkohleausstieg haben.

2.2 „Wandel“ kontra „Bruch“

Lokalpolitiker und Wirtschaftsvertreter setzen dem weitgehend positiv besetzten Begriff „Strukturwandel“ gern den drohenden „Strukturbruch“ entgegen. Nachprüfbar Kriterien zur Unterscheidung werden dabei vermieden. Denn analog zu anderen politischen Kampfbegriffen werden immer die eigenen Forderungen als verantwortungsvoller Strukturwandel und die Forderungen anderer als drohender radikaler Strukturbruch dargestellt.

Beim Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre wurden innerhalb von weniger als fünf Jahren zehntausende Lausitzer aus allen Branchen arbeitslos. Bei einer sachlichen Analyse wäre schnell klar, dass ein schrittweiser Ausstieg aus der Braunkohle mit deutlich weniger Betroffenen über deutlich längere Zeiträume und zu Zeiten eines in allen Branchen beklagten Fachkräftemangels niemals einen vergleichbaren Bruch darstellen kann. Das Wort „Strukturbruch“ soll aber genau das suggerieren und möglichst diffuse Ängste schüren. Das geht so weit, dass im Widerspruch zu sonstigen politischen Bekenntnissen „1990“ nicht etwa als das Jahr der ersten freien Wahlen und der deutschen Wiedervereinigung, sondern als Synonym für Zusammenbruch verwendet wird, wie in der Überschrift „Damit 2020 nicht das zweite 1990 wird“.⁴

Bemerkenswert ist, dass die Rhetorik vom drohenden Strukturbruch in der gesamten Lausitz auch von einigen übernommen wird, die den Braunkohleausstieg nicht blockieren, sondern voranbringen

⁴ Cottbuser Wochenkurier, 8. April 2016, S. 3

wollen. Vielleicht glauben sie nicht daran, dass sachliches Differenzieren zum politischen Erfolg führen kann, vielleicht sind auch eigene Hoffnungen auf Gelder vom Bund im Spiel. Zur Einwerbung von Mitteln gehört ja, das Problem möglichst groß und dringlich darzustellen.

2.3 Ein „Handstreich“ mit Ansage

Im Oktober 2015 behaupteten Lausitzer Kommunalpolitiker in einem Thesenpapier, die Politik in Berlin vernichte „handstreichartig die Zukunft der Region“.⁵ Gemeint ist offenbar der im März 2015 vorgeschlagene Klimaschutzbeitrag für ältere Kohlekraftwerke, und die daraufhin vereinbarte Abschaltung der ersten zwei Lausitzer Kraftwerksblöcke, um dem Klimaschutzziel für 2020 wenigstens näher zu kommen. Doch schon 2009 schrieben CDU, CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag, sie „begründen unser Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken“ und verwiesen auf eine international vereinbarte Reduktion um 80 % bis 2050.⁶ Seit es Klimaschutzziele gibt, ist auch bekannt, dass zu ihrer Umsetzung eine überproportionale Reduktion im Stromsektor und dort wiederum bei der besonders klimaschädlichen Kohle nötig ist. In ersten konkreten Schritten zu diesem Ziel sechs Jahre später einen „Handstreich“ der folgenden (jetzt schwarz-roten) Bundesregierung sehen zu wollen, erfordert eine massive und jahrelange Verdrängung der Realität. Wer politische Verantwortung für die konkret betroffene Region trägt, muss sich aber rechtzeitig damit auseinandersetzen. Der Hintergrund der bemerkenswerten Verdrängungsleistung wird erkennbar, wenn sich der Lobbyverein „Pro Lausitzer Braunkohle e.V.“ dafür rühmt, das oben genannte Papier der Kommunalpolitiker initiiert zu haben.⁷

2.4 Viel Kohle – wenig Steuern

Am 11. August 2015 berichtete die Lausitzer Rundschau: „Die von Vattenfall für 2014 vorausgezahlte Gewerbesteuer muss komplett zurückgezahlt werden.“⁸ Die zur Schau gestellte Überraschung war groß und die Schuldzuweisung an eine „verfehlte Energiepolitik“ des Bundes schnell bei der Hand.⁹ Tatsächlich gab es im Jahr 2014 keine politischen Einschränkungen der Kohleverstromung. Die Förderung der Lausitzer Tagebaue lag mit 61,8 Millionen Tonnen Rohbraunkohle nur knapp unter den Rekordjahren 2012 und 2013 und über allen von 1996 bis 2011 geförderten Mengen. Die Milchmädchenrechnung „viel baggern schafft viel Wohlstand“ war damit Geschichte.

Auch das kam nicht überraschend: Der Börsenstrompreis sank seit Jahren, noch zu höheren Preisen abgeschlossene Lieferverträge liefen zwangsläufig irgendwann aus. Überkapazitäten an Kohlekraftwerken haben zum sinkenden Preis zumindest beigetragen. Auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien kam nicht überraschend. Und er kann mit „verfehlter Energiepolitik“ auch gar nicht gemeint sein, hat sich doch die Braunkohlewirtschaft gleichzeitig als „Partner der Erneuerbaren“ gefeiert. Die 2015 geführte Debatte um das Klimaschutzziel für 2020 hatte auf die Steuern des Jahres 2014 keinerlei Einfluss und endete bekanntlich mit der Einigung auf eine von der IG BCE vorgeschlagene und dem Kraftwerksbetreiber auskömmlich vergütete Kapazitätsreserve ab 2018.¹⁰

⁵ Thesenpapier zum „Strukturwandel in der Lausitz“, Oktober 2015

⁶ Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode, S. 26, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile

⁷ Die Wiedergeburt der Lausitz. Information des Pro Lausitzer Braunkohle e.V. im Magazin Lausebande April 2016, S. 50f.

⁸ Schock für Lausitzer Kommunen – Lausitzer Rundschau, 11.08.2015

⁹ Herber Schlag durch verfehlte Energiepolitik – Lausitzer Rundschau, 12.08.2015

¹⁰ Ausführlichere Darstellung der Widersprüche in Lausitzer-Kohle-Rundbrief vom 21.08.2015

Nachdem auch das Jahr 2015 Null Euro Gewerbesteuer vom Kohleunternehmen brachte, gab es im Frühjahr 2016 auch noch eine echte Überraschung: Die Lausitzer Rundschau berichtete über Gewerbesteuer-Rückforderungen von Vattenfall, die in Peitz bis 2005 und in Spremberg bis 2006 zurückreichen.¹¹ Dabei waren die Jahre 2005 bis 2007 goldene Zeiten für Braunkohlekraftwerke. In dieser ersten Periode des Emissionshandelns bekamen sie alle CO₂-Zertifikate kostenlos zugeteilt und schlugen sie dennoch auf den Strompreis auf. Wenn selbst für diese Jahre nun Steuern zurückerstattet werden, dann war der Wohlstand durch Braunkohle zu keinem Zeitpunkt so groß wie bisher geglaubt.

Mit dem Braunkohlegeschäft in der Lausitz ist auch in den kommenden Jahren kein Geld zu verdienen. Zu diesem Schluss kommt der Vattenfall-Konzern selbst und lobt daher den geplanten Verkauf seiner Braunkohlesparte, trotz des hierdurch erwarteten Verlustes in Höhe von minus 22 – 27 Milliarden Schwedischen Kronen (ca. 2,35-2,9 Mrd. Euro)¹².

2.5 Arbeitsplatzabbau

Ist nun jeder abgebaute Kohle-Arbeitsplatz ein Opfer des Braunkohleausstieges? Im Auftrag der Landesregierung Brandenburg errechnete die Firma Prognos, dass etwa 40 % der brandenburgischen Kohle-Arbeitsplätze des Jahres 2010 auch dann bis 2030 abgebaut werden, wenn alle geplanten neuen Tagebaue aufgeschlossen und ein neues Kraftwerk am Standort Jänschwalde gebaut würden.¹³ Und so teilt sich die heutige Belegschaft ein in drei Gruppen: Diejenigen, deren Arbeitsplatz bis 2030 in jedem Fall abgebaut wird, diejenigen, die 2030 in jedem Fall noch Arbeit haben und diejenigen (in den Prognos-Zahlen ist das ein knappes Drittel), bei denen das tatsächlich von der Klimaschutzpolitik abhängt.¹⁴

Für die Bewältigung des Wandels vor Ort ist es egal, ob Rationalisierung, Strompreis oder Klimaschutz die Ursache der Arbeitsplatzverluste sind. Es wird letztlich auch kaum zu klären sein, welcher Euro die Folgen welcher politischen Entscheidung bewältigen hilft. Man sollte sich aber klar machen, dass Hilfe beim Kohleausstieg nicht plötzlich Arbeitsplatzversprechen erfüllen kann, die auch die Kohlewirtschaft niemals halten könnte.

¹¹ Gewerbesteuer-Loch reißt noch tiefer – Lausitzer Rundschau, 13. April 2016

¹² „Würde Vattenfall die Braunkohlesparte behalten, wären die negativen Auswirkungen auf die Bilanz von Vattenfall angesichts der prognostizierten Großhandelspreise für Strom noch größer.“ Vattenfall AB: Pressemitteilung vom 18.04.2016 auf: <https://corporate.vattenfall.de/newsroom/pressemeldungen/2016/vattenfall-vor-dem-verkauf-der-braunkohlesparte/>

¹³ PROGNOSE 2012: Untersuchung der energiestrategischen und regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der im Rahmen der systematischen Weiterentwicklung der Energiestrategie des Landes Brandenburg untersuchten Szenarien in zwei Leistungspaketen, im Auftrag des brandenburgischen Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, 30. Januar 2012

¹⁴ ausführlich in: Arbeitsplatzeffekte der Lausitzer Braunkohlewirtschaft, Hintergrundpapier GRÜNE LIGA, März 2015, 12 S., http://www.kein-tagebau.de/images/_dokumente/Hintergrund_Arbeitsplatzeffekte_Braunkohle_Lausitz.pdf

3. Orte des Wandels

Lassen wir uns auf die Diskussion der konkreten Kraftwerksstandorte und ihrer Verflechtungen ein, statt den Untergang der ganzen Lausitz zu beschwören, merken wir schnell, dass die Situation unterschiedlich ist und deshalb für verschiedene Teile der Lausitz vermutlich auch verschiedene Antworten erforderlich sein werden. Hier können dazu nur einige kurze Stichworte gegeben werden:

3.1 Schwarze Pumpe

Das Kraftwerk Schwarze Pumpe an der Grenze zu Sachsen kann auch ohne den neuen Tagebau Welzow-Süd Teilfeld II noch nach 2030 mit Kohle versorgt werden¹⁵ und bleibt in jedem Szenario deutlich länger in Betrieb als das Kraftwerk Jänschwalde¹⁶. Am benachbarten Industriepark Schwarze Pumpe haben sich zahlreiche Firmen angesiedelt, auch solche, die nicht von der Braunkohlewirtschaft abhängen.¹⁷ Das Gebiet ist vom Land Brandenburg als „regionaler Wachstumskern“ Energiewirtschaft/-technologie, Kunststoff/Chemie, Holzverarbeitende Wirtschaft und Papier ausgewiesen.¹⁸ Die Erhaltung und Schaffung von Industriearbeitsplätzen ist hier eine realistische Option und der Wandel hat hier vergleichsweise viel Zeit. Ein Wachstum beim Tourismus ist dagegen in der Umgebung stark erschwert, hat doch der Braunkohlenbergbau früherer Jahrzehnte die Spree in Spremberg auf absehbare Zeit braun gefärbt. Da war es eine mutige Entscheidung, sich als Stadt für die Landesgartenschau 2019 zu bewerben, Erfolg hatte dieser Versuch nicht.¹⁹

3.2 Jänschwalde

Das deutlich ältere Kraftwerk Jänschwalde könnte dagegen in wenigen Jahren stillgelegt werden. Bundesregierung und Betreiber Vattenfall vereinbarten 2015, die zwei neuesten Blöcke des Kraftwerkes ab 2018 und 2019 in eine vierjährige Reserve zu schicken, nach der sie 2022 und 2023 endgültig stillzulegen sind.²⁰ Ob danach ein Weiterbetrieb der vier älteren Blöcke erfolgt, ist fraglich. Jede weitere Klimaschutzentscheidung der deutschen Politik, mit welchem Instrument auch immer, wird diese Kraftwerksgeneration betreffen müssen. Es ist zudem unklar, ob EPH als möglicher neuer Betreiber die Stilllegung nicht ohnehin vorsieht, um sich auf die anderen zwei Lausitzer Kraftwerke zu konzentrieren.

Die Peitzer Amtsdirektorin äußerte im Zusammenhang mit der geplanten Verwaltungsstrukturreform, dass sie eine Fusion mit dem westlich benachbarten Amt Burg/Spreewald bevorzugen würde. Wenn man künftig weniger Industrie habe und mehr auf Tourismus setzen müsse, sei diese Anbindung an den Spreewald die richtige Partnerschaft.²¹ Tatsächlich könnte der touristisch gut etablierte, aber schon stark frequentierte Spreewald ins

¹⁵ So etwa bis 2040 in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2014) Braunkohleausstieg – Gestaltungsoptionen im Rahmen der Energiewende, Politikberatung kompakt 84, S. 68

¹⁶ Immerhin noch sechs Jahre länger (bis 2031) im Szenario von Agora Energiewende (2016): Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen? S. 29

¹⁷ Ein Strukturwandel mit der Kohle - Das Flaggschiff: Industriepark Schwarze Pumpe, Wochenkurier, 6. Mai 2016, S. 8

¹⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Regionaler_Wachstumskern, Zugriff 25.05.2016

¹⁹ http://stadt.vps.spremberg.de/index.php?klick=0&pos_top=1&hk=1&isnl=1&tm_nr2=4329&no_popup=1&externe_db=0, Zugriff 25.05.2016

²⁰ Ein tatsächlicher Betrieb ist im Rahmen der Kapazitätsreserve unwahrscheinlich, da eine elftägige Vorwarnzeit vereinbart wurde, die praktisch keinem realistischen Problem im Stromnetz entspricht. Es handelt sich daher eigentlich um eine verdeckte Stilllegungspremie.

²¹ Danki a wokrejsna reforma, Nowy Casnik, 18.11.2015, S. 2 (Bericht von der Einwohnerversammlung in Drachhausen)

direkte Umland ausstrahlen.²² Auch die in der Lieberoser Heide geplante Internationale Naturausstellung (I.N.A.)²³ auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz könnte mit Teilen des Spreewaldtourismus kombinierbar sein. Kultur und öffentliches Leben der wendischen (sorbischen) Minderheit sind in beiden Ämtern stärker ausgeprägt als im Umfeld und können bei einem Zusammengehen identitätsstiftend wirken. Große Industrieansiedlungen dagegen wären nach den bisherigen Lausitzer Erfahrungen schwierig. Pauschal ausschließen sollte man sie aber nicht, die Anbindung des Kraftwerksgeländes an Bahn- und Stromnetz bietet einige Voraussetzungen.

Seit März 2016 beschäftigte sich eine European master class der Universität Liechtenstein unter Leitung von Professor Peter Droege mit Perspektiven für die Region um das Kraftwerk Jänschwalde. Zu einer Auftaktdiskussion am 14. März in Jänschwalde hatte der Kirchenkreis Cottbus eingeladen.²⁴ Die Ergebnisse sollen im September in der Region vorgestellt werden und die nötige Debatte vor Ort inspirieren. Zahlreiche lokale Akteure begrüßen den Beginn dieser Diskussion. Dass es aber eines solchen Anstoßes bedurfte und nicht lokale Gremien oder die Cottbuser Universität dieses Thema längst bearbeiten, offenbart Blockaden und selbst auferlegte Denkverbote in der Region. Diese müssen durchbrochen werden, um sich des Themas rechtzeitig und selbstbestimmt annehmen zu können.

3.3 Boxberg

Der Kraftwerksstandort Boxberg in Nordsachsen umfasst zwei in der DDR-Zeit und einen in den 1990er Jahren gebauten Block sowie mit dem erst 2010 in Betrieb gegangenen Block R auch den jüngsten und vergleichsweise effizientesten Lausitzer Kraftwerksblock. Daher wird das Kraftwerk über einen längeren Zeitraum schrittweise verkleinert werden und voraussichtlich als letzter Standort in der Lausitz völlig außer Betrieb gehen. Im benachbarten Tagebau Nochten könnte auch ohne Weiterführung ins beantragte Abbaugelände 2 die letzte auslaufende Braunkohlenförderung der Region stattfinden²⁵.

Die hier betroffene Region ist sowohl von der Bergbaufolgelandschaft mehrerer Tagebaue aus DDR-Zeit geprägt, als auch von einer im Süden direkt benachbarten nicht bergbaubeeinflussten Landschaft, die zu großen Teilen das Biosphärenreservat „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ bildet. Nördlich von Weißwasser schließt sich der „Geopark Muskauer Faltenbogen“ an, der unter anderem von Folgelandschaften des sehr frühen und noch kleinflächigen Braunkohleabbaus geprägt ist. Bemerkenswert sind die Landschaftsparks „Kromlauer Park“ und der Bad Muskauer Park, aber auch die „Wolfsscheune“ in Rietschen, die heute schon eine touristische Destination auch für ausländische Gäste sind. Die Ansiedlung neuer Industriearbeitsplätze erscheint ähnlich schwierig wie in Jänschwalde. Ein noch aktiver Truppenübungsplatz der Bundeswehr unterscheidet das Gebiet vom Umfeld der anderen zwei Kraftwerke.

3.4 Cottbus

Die von der Landesplanung als Oberzentrum definierte Stadt Cottbus ist Standort der Hauptverwaltung des Tagebau- und Kraftwerksbetreibers, seit diese 2004 aus Senftenberg hierher verlagert wurde. Wie auch in anderen Wirtschaftsbranchen wohnt ein beträchtlicher Anteil der Beschäftigten nicht in Cottbus, sondern im Umland. Personalabbau in der Verwaltung zur Kostenersparnis fand und findet bereits statt, bevor Fördermengen der Tagebaue merklich sinken.

²² Burg (Spreewald) und Peitz mit Teichlandschaft werden von der Tourismuskonzeption des Landkreises bereits als ein gemeinsames Schwerpunktgebiet genannt:
<https://www.lkspn.de/media/file/tourismus/tourismuskonzeptba.pdf> S. 23, Zugriff am 26.05.2016

²³ <http://www.ina-lieberose.de/>

²⁴ U.a. in der monatlichen Zeitung der Amtsverwaltung, dem Peitzer LandEcho vom 24.02.2016, S. 21

²⁵ Es liegt nahe, die letzte Kohleförderung entweder auf Welzow-Süd oder Nochten zu konzentrieren, siehe auch Agora Energiewende 2016, S. 30

Er dürfte sich über den gesamten Zeitraum eines Auslaufens der Braunkohle verteilen, sofern keine erneute Verlagerung des Standortes erfolgt. Der EPH-Konzern hat sein Kaufinteresse mit der Zusage verbunden, die Hauptverwaltung nicht mit der Verwaltung der ihm ebenfalls gehörenden Mitteldeutschen Braunkohle AG (MIBRAG) zu fusionieren. Verbindlich ist diese Zusage allerdings nicht.

Cottbus bietet sich besonders für die Ansiedlung bundesweiter Einrichtungen, Behörden oder Institute an, wie sie die Bundesregierung als Strukturwandelhilfe veranlassen könnte. Hier wirkt sich auch der komplett zweispurige Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Cottbus am direktesten aus, der möglichst beschleunigt und sicher finanziert werden sollte. Beides würde - ähnlich wie bisher die Vattenfall-Zentrale - auch in das Umland ausstrahlen.

3.5 Tagebaurandgemeinden

Strukturwandelhilfen dürfen nicht nur den bisherigen Profiteuren der Braunkohlewirtschaft zugute kommen. Auch die bisher Geschädigten werden in vielen Fällen weiter Hilfe benötigen. Die Lage an einem Tagebaurand wandelt sich nicht durch den Beschluss eines Kohleausstieges über Nacht zu einem Standortvorteil, sondern wirkt noch für Jahre oder Jahrzehnte nach. Es gibt zudem keine gesetzliche Entschädigungspflicht des Tagebaubetreibers für die umfangreichen Einschränkungen der Lebensqualität in solchen Gebieten. Hilfen mussten daher privatrechtlich verhandelt werden und wurden durch den Bergbautreibenden insbesondere dort gewährt, wo es der Akzeptanz des Bergbaus zu nutzen versprach. Wie stark die wirtschaftlich geschwächte Braunkohlewirtschaft künftig Ausgleich für solche Nachteile schafft, ist schwer vorherzusagen.

Orte, die von der Abaggerung oder Randlage für geplante Tagebaue bedroht waren, haben über Jahre mit einem schweren Investitionshemmnis existiert. Auch hier sollte es unterstützenswerte Projekte eines Strukturwandels geben.

3.6 Die Ländergrenze als Sonderproblem

Als Sonderproblem kommt die durch das derzeit aktive Kohlerevier verlaufende Ländergrenze zwischen Sachsen und Brandenburg hinzu. Wirtschafts- und Regionalförderung beider Länder sind getrennt. In den Jahrzehnten, als die Kohleindustrie in der DDR aufgebaut wurde, waren die Kreise Hoyerswerda und Weißwasser noch Teil des „Kohle- und Energiebezirkes“ Cottbus. Auch heute noch gibt es im sächsischen Teil des Kohlereviers teilweise eine Orientierung nach Cottbus hin, die durch die Regionalplanung aufgrund der Landesgrenze nicht hinreichend unterstützt wird.

4. Vorgeschobene Akteure

Mit der „Lausitzrunde“ und der „Innovationsregion Lausitz GmbH“ haben sich zwei Akteure selbst als Ansprechpartner für die Bundespolitik ins Gespräch gebracht. Einige Anzeichen lassen allerdings daran zweifeln, ob dabei das Interesse an der Gestaltung des Wandels oder nicht eher an einer weitestmöglichen Verzögerung des Braunkohleausstiegs im Vordergrund steht.

4.1 Lausitzrunde

Im Oktober 2015 sandten mehrere Bürgermeister und Amtsdirektoren aus der sächsischen und brandenburgischen Lausitz einen offenen Brief und ein beigefügtes Thesenpapier an Bundeskanzlerin Merkel und Bundeswirtschaftsminister Gabriel.²⁶ Der Unterzeichnerkreis bezeichnet sich inzwischen als „Lausitzrunde“.

Wie oben bereits erwähnt, stellt sich der Pro Braunkohle e.V. als Initiator der Runde dar, ohne dass aus dieser Widerspruch bekannt wurde. Dazu passt, dass im Thesenpapier vom Oktober 2015 die Forderung nach Hilfe beim Strukturwandel absurderweise mit der Forderung nach „Fortführung der Braunkohlenutzung und zur Inanspruchnahme des Abbaugbietes 2 des Tagebaus Nochten und des Teilfelds 2 des Tagebaus Welzow Süd“ kombiniert wurde.²⁷ Der Bürgermeister der Gemeinde Schleife (Sachsen) verstieß dabei mit der Unterzeichnung offensichtlich gegen die geltenden Beschlüsse des Gemeinderates, die den Tagebau Nochten 2 ablehnen.²⁸

Im Juni 2016 berichtet die Lausitzer Rundschau über einen weiteren Brief an die Bundesregierung. Während die Unterzeichnung am 8. Juni presseöffentlich inszeniert wurde, blieb der Inhalt des Briefes geheim.²⁹ Entsprechend ist es unwahrscheinlich, dass der Text zuvor mit den gewählten Kommunalparlamenten abgestimmt wurde. Anzeichen dafür, dass die Unterzeichner zwischenzeitlich von der Forderung nach Aufschluss der neuen Tagebaue Nochten 2 und Welzow II abgerückt wären, sind nicht bekannt. In diesem Fall ist ihr Anliegen nichts anderes als die Verhinderung von Strukturwandel und eine Konservierung der Braunkohlewirtschaft. Die energiepolitische Notwendigkeit beider Tagebaue ließ sich im Braunkohlenplanverfahren jedenfalls nur dadurch begründen, dass man Braunkohleverstromung in der Lausitz bis zum Jahr 2067 als Annahme zugrunde legte.³⁰

4.2 Innovationsregion Lausitz

Am 18. Januar 2016 wurde die „Innovationsregion Lausitz GmbH“ (IRL) gegründet. Ihre fünf Gesellschafter sind die Industrie- und Handelskammer (IHK) Cottbus, die Handwerkskammer

²⁶ Offener Brief: http://www.weisswasser.de/sites/default/files/news/2015.10.13.-offener_brief_-_gewerbesteuern_vattenfall_mit_unterschriften.pdf

Thesenpapier:

http://www.weisswasser.de/sites/default/files/news/thesenpapier_strukturwandel_lausitz_-_anlage_offener_brief.pdf

²⁷ Thesenpapier zum „Strukturwandel in der Lausitz“, Oktober 2015. Es bestehen allerdings Zweifel, ob das Thesenpapier überhaupt allen Unterzeichnern des Briefes bekannt war - Das Thesenpapier ist nicht unterzeichnet und der Brief enthält keinen Verweis darauf.

²⁸ Beschluss 46/2008 vom 06.10.2008 und Beschluss 09/2010 vom 22.03.2010

²⁹ „Einerseits wollen sie sich Öffentlichkeit verschaffen, andererseits lassen sie sich nicht entlocken, was nun ganz genau in ihrem Schreiben an die Kanzlerin steht.“ - Lausitzrunde schreib an Kanzlerin, Lausitzer Rundschau, 09.06.2016

³⁰ Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd, Weiterführung in den räumlichen Teilabschnitt II und Änderung im räumlichen Teilabschnitt I, S. 28, http://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/68/GVBI_II_58_2014_Anlage-1.pdf

(HWK) Cottbus, die Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg, die Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. (WiL) und die Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg e.V. (UVB). Beisitzer in der Gesellschafterversammlung sind die Energieregion Lausitz GmbH und das Ministerium für Wirtschaft und Energie (MWE) des Landes Brandenburg. Die IRL versteht sich als Anknüpfungspunkt für die „Förderung von Maßnahmen zur Strukturanpassung in Braunkohlebergbauregionen“, für die der Bundeshaushalt 16 Millionen Euro bis bis zum Jahr 2019 vorsieht.³¹ Es lohnt sich, einen näheren Blick auf die beteiligten Organisationen zu werfen.

Die Gründung der Wirtschaftsinitiative Lausitz (WiL) wurde 2009 maßgeblich vom Bergbauunternehmen Vattenfall Europe Mining initiiert³², dessen Vorstand mit Michael von Bronk nach Dr. Hermann Borghorst den zweiten Vorsitzenden der WiL in Folge stellt.³³ Mit Klaus Aha ist seit Juni 2016 ein ehemaliger Vattenfall-Vorstand zweiter Geschäftsführer der WiL.³⁴ Dass die WiL nicht für einen Strukturwandel weg von der Kohlenutzung, sondern deren möglichst lange Weiterführung steht, machte sie seit ihrer Gründung regelmäßig deutlich. Die Vorschläge des „Eckpunktepapiers Strommarkt“ des Bundeswirtschaftsministeriums vom Frühjahr 2015 kritisierte die WiL in einer Pressemitteilung dafür, dass sie „faktisch einen Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in Deutschland.“ bedeuten würden. Der Wirtschaftsstandort Lausitz benötige „die stabile Fortführung der regionalen Braunkohlewirtschaft“.³⁵ Im Landtagswahlkampf 2014 hatte die WiL von der Partei DIE LINKE ein „klares Bekenntnis zum Industriestandort Lausitz mit Braunkohle“ gefordert.³⁶

Die IHK Cottbus hat sich seit Jahren in der gleichen Weise geäußert und hatte dabei mit Klaus Aha von 2012 bis 2015 ebenfalls einen Präsidenten aus dem Vorstand von Vattenfall Europe Mining.

Als Beisitzer in der Gesellschafterversammlung der IRL wirkt die Energieregion Lausitz mit. Ihre Gründung im Jahr 2009 wurde von Kritik begleitet, weil die GmbH mit den Landräten als Gesellschafter eine Parallelstruktur zur flächenmäßig identischen Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, jedoch mit weniger demokratischer Kontrolle darstellt.³⁷

Obwohl das Unternehmen Vattenfall Europe Mining (oder ein künftiger Nachfolger) bereits bei drei der fünf Gesellschafter als Mitglied organisiert ist (IHK, WiL, UVB) und Einfluss auf deren Politik ausübt, wirkt das Unternehmen außerdem noch im Beirat der IRL mit. Hier ist die IG BCE eine von zwei vertretenen Gewerkschaften. Einen Sitz im Beirat hat auch der Pro Lausitzer Braunkohle e.V., der zeitgleich öffentlich propagiert, dass „die deutsche Energiewende scheitert“.³⁸ Kohlekritische Bürgerinitiativen oder Vereine sind nicht vertreten. Zum Geschäftsführer der IRL wurde mit Dr. Hans-Rüdiger Lange der bisherige Leiter Energiewirtschaft bei Vattenfall Europe Generation berufen.³⁹

³¹ Vortrag Geschäftsführer der IHK Cottbus am 13. Januar 2016 in Berlin, https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2014/Kohledialog/05_Krueger_Praesentation_13012016.pdf (Zugriff 09.06.2016)

³² Wirtschaftsinitiative bündelt Lausitzer Kräfte – gemeinsame Pressemitteilung von Vattenfall und BASF zur Gründung der WiL, 2. März 2009

³³ <http://www.wil-ev.de/index.php/mitglieder.html>, Zugriff am 9.06.2016

³⁴ <http://www.lr-online.de/nachrichten/wirtschaft/Klaus-Aha-verstaerkt-Chefetage-der-Wirtschaftsinitiative-Lausitz;art1067,5485620>

³⁵ Pressemitteilung der Wirtschaftsinitiative Lausitz vom 4. Juli 2014

³⁶ Pressemitteilung der Wirtschaftsinitiative Lausitz vom 26. März 2015

³⁷ GRÜNE LIGA und ATTAC kritisieren undemokratisches Modell zur „Energieregion Lausitz-Spreewald“, Pressemitteilung 09.02.2009

³⁸ Die Wiedergeburt der Lausitz. Information des Pro Lausitzer Braunkohle e.V. im Magazin Lausebande April 2016, S. 50f.

³⁹ Neuer Geschäftsführer und Beirat der Innovationsregion Lausitz berufen, Pressemitteilung der Innovationsregion Lausitz, 21.03.2016

Es muss bezweifelt werden, ob die Zusammensetzung der „Innovationsregion Lausitz GmbH“ dem Ziel eines Strukturwandels weg von der Braunkohle gerecht werden kann oder ob durch sie nicht vielmehr die Strukturwandelhilfen des Bundes unter die Kontrolle der Kohlelobby gebracht werden sollen. Zu auffällig sammeln sich die bisher als radikale Kohlelobbyisten bekannten Organisationen bei der Gründung der „Innovationsregion“. Es ist nicht glaubwürdig, dass die Akteure um IG BCE, Wirtschaftsinitiative Lausitz, Pro Lausitzer Braunkohle und Vattenfall Europe Mining konstruktiv an einer Zukunft nach der Kohle mitwirken werden, bevor ein Braunkohleausstieg verbindlich beschlossen ist. Ein tatsächlicher Erfolg beim Strukturwandel, also zunehmende Unabhängigkeit der Region von der Braunkohle stünde zu stark in Konflikt mit dem Interesse dieser Akteure an einer weiteren Kohlenutzung. Die Macht und die Mittel, die diese Gruppen auf sich vereinen, erzeugt zudem auf Seite der Tagebaubetroffenen und Kohlekritiker tiefes Misstrauen.

Eine von den oben genannten kohlefixierten Kreisen kontrollierte „Innovationsregion“ könnte sich zunächst scheinbar zur Unabwendbarkeit des Kohleausstiegs bekennen und sich so als Ansprechpartner für den Strukturwandel anbieten. Ist sie als dieser etabliert, besteht die Gefahr, dass sie die ihr dann zugeschriebene Kompetenz und faktische Macht einsetzt, um jede in die Diskussion kommende Klimaschutzmaßnahme als für die Region nicht beherrschbar darzustellen und so den Kohleausstieg so lange wie möglich zu verschleppen. Gleichzeitig wären die im Bundeshaushalt eingeplanten Mittel einer tatsächlichen Vorbereitung und Begleitung des Kohleausstieges entzogen. Solange dieses Szenario nicht ausgeschlossen werden kann, sind Vorschusslorbeeren für die Innovationsregion nicht angebracht.⁴⁰

Doch selbst wenn man diese Absicht nicht unterstellt, fällt auf, dass hier neben zahlreichen vorhandenen noch ein weiteres Gremium zur Verwaltung der Probleme entsteht, das nicht zwangsläufig die Macher der Lösungen hervorbringt oder unterstützt.

Zudem wird – beispielsweise bei der Besetzung des Beirates - eine Fixierung auf Industrieunternehmen und -arbeitsplätze erkennbar. Weder eine kleinteilig strukturierte Wirtschaft noch die Zivilgesellschaft können da ausreichend mitgedacht werden. Die Mitwirkung des evangelischen Kirchenkreises Cottbus als eines von zwölf Mitgliedern eines eher sporadisch tagenden Beirates erscheint allenfalls als Feigenblatt und kann allein die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Diskussionsprozess nicht sichern.

Zwar vertritt die Innovationsregion Lausitz durchaus Akteure, die beim gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der betroffenen Teile der Lausitz mit an den Tisch müssen. Diese Diskussion muss aber breit und auf Augenhöhe geführt werden. Mit einem Alleinvertretungsanspruch einer GmbH für das Thema Strukturwandel ist das nicht vereinbar.

⁴⁰ So führt Agora Energiewende (2016): Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen? (S. 40) die Innovationsregion bereits als die nötige „Infrastruktur zur Regionalentwicklung“ bei einem Braunkohleausstieg auf.

5. Zusammenfassung

Die nationalen wie internationalen Klimaschutzziele veranlassen die deutsche Politik, einen Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle ins Auge zu fassen. Dieser wird in der Braunkohleregion zu einem verstärkten Strukturwandel führen, der von der Landes- und Bundespolitik unterstützt werden sollte.

Eine sachliche Problemanalyse wird jedoch erschwert durch interessengeleitete Dramatisierungen des Problems und substanzlose Schuldzuweisungen an die Bundespolitik.

Will die Region den Strukturwandel durch Initiativen von unten gestalten und finanzielle Hilfen in nachhaltige Richtungen lenken, müssen für die einzelnen Kraftwerks- und Tagebaustandorte und möglicherweise noch kleinteiliger Ideen und Handlungsansätze entwickelt werden. Denn zum einen sind keine Geschäftsideen und kein Wirtschaftsakteur erkennbar, die in der Lage wären, Lösungen für alle drei Standorte gleichermaßen zu bieten. Zum anderen werden die drei Kraftwerke zwangsläufig in unterschiedlichen Zeiträumen betroffen sein. Der dringendste Handlungsbedarf besteht dabei im Amt Peitz mit dem Kraftwerk Jänschwalde, das in wenigen Jahren außer Betrieb gehen könnte.

Die Innovationsregion Lausitz GmbH und die „Lausitzrunde“ mehrerer Kommunalpolitiker haben sich selbst als Ansprechpartner für die Bundespolitik ins Gespräch gebracht. Sie können jedoch nicht glaubhaft machen, dass sie konstruktiv an einer Zukunft nach der Kohle arbeiten, da sie den Kohleausstieg gleichzeitig nach Kräften bekämpfen.

Zweifellos wäre ein Braunkohlekonsens – also Planungssicherheit im Austausch für die Vereinbarung eines Ausstiegspfad, der mit den deutschen Klimaschutzzielen vereinbar ist, bereits vor Jahren sinnvoll gewesen. Dann hätte beispielsweise der Steuereinbruch die Kommunen nicht unvorbereitet getroffen, weil die Strukturwandelhilfen des Bundes längst organisiert wären. Und nicht zuletzt hätte es den Bewohnern der von Umsiedlung bedrohten Dörfer Jahre einer unzumutbaren Unsicherheit erspart. An Gelegenheiten darüber ins Gespräch zu kommen, hat es nicht gemangelt, wohl aber an der Bereitschaft von Bergbauunternehmen, Gewerkschaft und beider Landesregierungen über den Kohleausstieg auch nur zu reden.

Mit der Gründung der Innovationsregion Lausitz GmbH ist der Punkt des Redens inzwischen möglicherweise erreicht. Die unterschiedlichen Interessen zwischen Kohlebetreffenen und Kohleprofiteuren in- und außerhalb der Region bestehen jedoch hinter der Worthülse „Strukturwandel“ weiter. Deshalb wird vor Ort umso konstruktiver und erfolgreicher am Strukturwandel gearbeitet werden, je eher der Braunkohleausstieg und seine Bedingungen verbindlich festgelegt sind.



Text:

Dipl.-Ing. (FH) René Schuster

Der Autor leitet die Bundeskontaktstelle Braunkohle des Netzwerkes GRÜNE LIGA und vertritt die Umweltverbände im Braunkohlenausschuss des Landes Brandenburg.

Kontakt:

Umweltgruppe Cottbus e.V.

Straße der Jugend 94

D-03046 Cottbus

www.kein-tagebau.de

umweltgruppe@kein-tagebau.de

Spendenkonto:

GLS Bank

BIC: GENODEM1GLS

IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00